

Deutsche Regierung will Urlaubsreisen ins Ausland stoppen

Die deutsche Regierung prüft, ob Reisen in beliebte Urlaubsgebiete im Ausland wegen der Corona-Pandemie vorübergehend unterbunden werden können.



Bild: Bram./Unsplash

«Das wird jetzt von den zuständigen Ressorts überprüft», sagte die stellvertretende Regierungssprecherin Ulrike Demmer am Mittwoch in Berlin.

Hintergrund ist der vorübergehende Buchungsboom für Mallorca nach der Streichung der Lieblingsinsel der Deutschen von der Liste der Corona-Risikogebiete am 14. März. Damit wurde auch die Reisewarnung des Auswärtigen Amts aufgehoben. Denn die Zahl der Neuinfektionen war dort unter 50 pro 100 000 Einwohner innerhalb von sieben Tagen gesunken.

Damit ist der Urlaub auf Mallorca wieder ohne Quarantäne und Testpflicht bei der Rückkehr nach Deutschland möglich. [Beim Bund-Länder-Treffen am Montag \(https://www.htr.ch/story/so-radikal-verschaerft-deutschland-den-lockdown-ueber-ostern-30881.html\)](https://www.htr.ch/story/so-radikal-verschaerft-deutschland-den-lockdown-ueber-ostern-30881.html) wurde allerdings entschieden, dass künftig für alle Flugpassagiere, die nach Deutschland einreisen, eine Testpflicht eingeführt werden soll.

Der Prüfauftrag geht nun darüber hinaus. Details der Prüfung nannte Demmer nicht. Eine Sprecherin des Auswärtigen Amts sagte aber, dass eine weltweite Reisewarnung wie zu Beginn der Pandemie im vergangenen Frühjahr bisher nicht geplant sei.

Merkel widerruft #WirBleibenZuHause

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel ist am Mittwoch nach massiver Kritik und Verrwirrung um die vorgesehene «Ruhepause» über Ostern zurückgekrebst.

Sie übernehme dafür die Verantwortung, wurde Merkel von Teilnehmern einer kurzfristig einberufenen Schaltkonferenz mit den Ministerpräsidenten am Mittwoch zitiert. «Der Fehler ist mein Fehler», sagte Merkel demnach. Sie habe am Vormittag entschieden, die Verordnungen zur Osterruhe nicht auf den Weg zu bringen, sondern zu stoppen.

Die Entscheidung wurde damit begründet, dass zu viele Folgeprobleme entstanden wären, hätte man – wie am Bund-Länder-Treffen beschlossen – den Gründonnerstag und Karsamstag zu Ruhetagen erklärt. (sda/dpa)

Publiziert am Mittwoch, 24. März 2021